

# „Der Staat ist nicht die Gouvernante“

**Politik** Das große NECKARQUELLE-Interview mit Thorsten Frei, Unionsfraktions-Vize im Bundestag: Die Corona-Pandemie verschärft die Rentendiskussion hierzulande. Die Maßnahmen, die zur Eindämmung erlassen werden, setzen die Akzeptanz der Bürger voraus.

**D**ie Corona-Krise hat massiven Einfluss auf alle Bereiche der Politik. Klar, dass die Eindämmung der Pandemie auch für den Unionsfraktions-Vize im Bundestag, Thorsten Frei, im Mittelpunkt seiner Arbeit steht. Darum ging es im großen Interview mit der NECKARQUELLE.

**In Berlin sind Sie als stellvertretender Fraktionsvorsitzender ja gut im Geschäft... Sie haben in diesem Jahr nicht weniger als 27 Reden im Bundestag gehalten. Sie haben viel zur Innenpolitik gesprochen, aber auch in den großen Corona-Debatten. Wie geht's da weiter?**

**Frei:** Innen- und Rechtspolitik sind eigentlich immer aktuell. Aber das Corona-Thema ist mehrdimensional: Es hat gesellschaftliche und wirtschaftliche Konsequenzen ebenso wie gesundheitspolitische. Es hat auch rechtliche Konsequenzen. Bedauerlicherweise hat sich die Annahme bewahrheitet, dass die zweite Welle heftiger wird als die erste. Der „Lockdown Light“ hat sehr einschneidende Maßnahmen mit sich gebracht. Dennoch ist es uns bislang nur gelungen, die Dynamik zu brechen, nicht aber, die Pandemie zu beherrschen. Das hat sich auf dem hohen Niveau länger gezogen, als wir gehofft haben. Hoffnung macht mir, dass es Impfstoffe gibt, und dass wir eventuell schon vor Weihnachten mit den Impfungen beginnen können.



Thorsten Frei beherrscht zwar die kanzeltypische Gestik, doch wird den Job Angela Merkels (rechts) in den nächsten Jahren ein anderer machen. Wer wird es sein? Das will die CDU nach der Wahl eines Vorsitzenden Mitte Januar entscheiden. Nach seinem letzten Gespräch mit unserer Zeitung, in dem er Sympathien für den CSU-Chef Markus Söder bekundet hatte, gab's dafür Kritik aus den eigenen Reihen. Deshalb sagt Frei dieses Mal lieber nicht, wer aus seiner Sicht als nächster die Raute machen soll. Fotos: Cornelia Hellweg/dpa/NQ-Screenshot



„Ich habe übrigens meine Möglichkeiten in Stuttgart bereits eingesetzt.“

**Ihre Parteifreunde Rombach, Wolf und Teufel fordern in Schweningen ein im Vergleich zum geplanten Kreisimpfzentrum größer dimensioniertes zentrales Impfzentrum. Wie stehen Sie dazu?**

**Frei:** Diesen Vorstoß unterstütze ich voll und ganz. Ich habe übrigens meine Möglichkeiten in Stuttgart bereits eingesetzt...

**Dann können wir ja schreiben, dass wir das zentrale Impfzentrum bekommen...**



**Frei:** Nein, bedauerlicherweise nicht. Das zuständige Ministerium wird halt von einem Grünen geführt...

**Gesundheitsminister Manfred Lucha.** **Frei:** Es wäre wichtig, dass die zentralen Impfstellen leicht erreichbar sind. Da muss man auch aus Stuttgarter Perspektive sehen, dass der Schwarzwald eine Barriere zu den geplanten Einrichtungen an der A5 bildet.

**Hinzu kommt der Zeitfaktor.**

**Frei:** Aber sicher. Wenn wir hier vier Wochen vorher anfangen können zu impfen, dann ist das ein echter Vorteil hinsichtlich einer Normalisierung des Lebens. Nicht nur für uns persönlich, sondern auch für die Wirtschaft. Die Landesregierung wäre gut beraten, in Villingen-Schwenningen einen weiteren zentralen Impfstandort einzurichten, der dann auch für die Landkreise Rottweil, Tuttlingen und Konstanz gut und schnell erreichbar ist.

**Solange wir noch keinen Impfstoff haben, müssen wir uns eben mit kontaktsbeschränkenden Regelungen behelfen. Sie haben vorher gesagt, dass es noch nicht gelungen ist, die Pandemie unter Kontrolle zu bekommen. Ist die Lockdown-Strategie, die wir fahren, also die richtige? Es gibt Experten, die fordern eine Langzeitstrategie, die darauf abzielt, Risikogruppen besonders zu schützen.**

**Frei:** Natürlich kann man über Strategien diskutieren. Die Begrenzung auf den Schutz vulnerabler Gruppen wie in Schweden ist so eine Sache. In Deutschland machen diese rund 27 Millionen Menschen aus. Deswegen glaube ich, dass diese Strategie mit hohen Opfern verbunden wäre.

**Um Schweden soll es hier nicht gehen. Lassen Sie uns lieber über den „Tübinger Weg“ reden – dort praktiziert man ebenfalls den gezielten Schutz von Risikogruppen auf der Basis intensiver und häufiger Testungen, die die Kommune in Eigenregie bezahlt. Wir in VS verfahren wie allgemein üblich, und bei uns ist es vergangene Woche zu Todesfällen in Altenheimen gekommen. In Tübingen konnte man das vermeiden.**

**Frei:** Auch Tübingen handelt in einem vorgegebenen Rahmen...

**Wir haben keine Einkaufszeiten für Senioren, keine Gratis-FFP2-Masken, keine Gratis-Taxen und Lieferdienste für ältere Menschen.**

**Frei:** So was kann man als zusätzliches Programm schon machen.

**Die Bundesminister Scholz und Altmaier haben ja gesagt, dass sich die Staatskassen so langsam leeren, und dass wir wieder Geld verdienen müssen. Das heißt doch, dass wir nicht ganze Branchen, die politisch lahm gelegt wurden, auf lange Sicht finanzieren können.**

„So was kann man als zusätzliches Programm schon machen.“

**Frei:** Ja, das kostet sehr viel Geld und geht auch nur im November und Dezember. Wenn man diesen Unternehmern aber Sonderopfer auferlegt, dann ist es nur richtig, wenn der Staat das finanziert. Wir haben natürlich auch mittelbare Schäden. Schauen wir nur mal den Einzelhandel in Villingen-Schwenningen an. Da haben wir Umsatzrückgänge von bis zu 40 Prozent.

**Sie sagten, für November und Dezember reicht's noch. Der Lockdown wurde aber bis 10. Januar terminiert. Was wir gerade fahren ist doch keine Langzeitstrategie!** **Frei:** Was heißt denn „Langzeitstrategie?“

**Nun, der Begriff bezeichnet im we-**

## Thorsten Frei im Profil

Thorsten Frei (47), studierter Jurist, war Regierungsrat im Staatsministerium Baden-Württemberg, Persönlicher Referent des Staats- und Europaministers und 2004 bis 2013 Oberbürgermeister Donaueschingens. Bundestagsabgeordneter

ist er seit Oktober 2013. Bei der Bundestagswahl 2017 holte er mit dem zweitbesten Stimmenergebnis im Land nach Wolfgang Schäuble erneut das Direktmandat. Das will er auch im Herbst nächsten Jahres verteidigen; Frei wurde schon wieder als

CDU-Bewerber nominiert. Bis letztes Jahr saß er noch im Kreistag, konzentrierte dann aber auch seine Aufgaben im Bundestag. Dennoch bestimmt er als Kreisvorsitzender der CDU Schwarzwald-Baar die Geschehnisse der Christdemokraten hier. rat

**sentlichen eine kluge Vorgehensweise, die es uns ermöglicht, mit möglichst geringen Corona-Infektionszahlen und Schäden die Grippezeit zu überstehen, in der sich Viren infolge tiefer Temperaturen gut verbreiten.** **Frei:** Wie gesagt ist die Dynamik gebrochen. Tatsächlich klappt es mit der Nachverfolgung nicht so toll, das ist wahr. Ich glaube schon, dass wir auf einem guten Pfad sind. Wir geben in Deutschland so viel Geld aus zur Bekämpfung der Pandemie wie alle anderen 26 EU-Staaten zusammen. So viele Leistungen wie bei uns gibt es in der Welt kein zweites Mal.

**Deutschland stand gut da. Aber was wir ausgeben ist doch das Geld, das die folgenden Generationen noch erwirtschaften müssen.**

**Frei:** Das war bisher schon der Fall. Wir haben die Verschuldungsquote in den letzten Jahren deutlich reduziert, aber keine Sparkonten aufgebaut...

**Wie lange zahlen wir denn für die Bewältigung der Corona-Krise?**

**Frei:** Unser Ziel ist es, dass diese Schulden, die wir jetzt machen, in den nächsten 20 Jahren zurückbezahlt werden. Es wäre illusorisch zu glauben, dass nur unsere Generation mit solchen Problemen behaftet sein wird. Es wird in der Zukunft andere Krisen und Herausforderungen geben. Und auch auf sie wird man womöglich mit hohem Geldeinsatz reagieren müssen. Unsere Generation nimmt diese Schulden auf. Unsere Generation muss diese Schulden auch wieder zurückbezahlen.

**Die CDU schmiedet derzeit Pläne für**

**eine Rentenreform. Da darf es keine „Denkverbote“ geben, sagen Sie. Das heißt doch im Klartext, ein Stück weiter gedacht, dass wir in den 2030er-Jahren die Rechnung begleichen sollen.**

**Frei:** Die Rentendiskussion hätten wir auch so führen müssen. Aber Corona verschärft vieles. Es geht dabei um jeden von uns ebenso wie um Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Natürlich wollen wir, dass diejenigen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, ihren Ruhestand genießen können. Aber ein paar Grundwahrheiten gibt es eben. Zum Beispiel, dass die Deutschen in den vergangenen Jahrzehnten weniger Kinder bekommen haben und die Lebenserwartung stetig steigt. Der Generationenvertrag funktioniert nur, wenn man die Rentenpolitik diesen Gegebenheiten anpasst. Ich spreche da jetzt nicht die heutigen Rentner an...

**Die können sich ja auch nicht beklagen. Die haben von Ihnen im Juli inmitten der Corona-Krise erst mal 3,5 Prozent Rentenerhöhung bekommen.** **Frei:** Ja, das ist richtig. Aber die heutige Rentnergeneration kann sich ja auch nicht mehr umstellen.

**Wie? Wenn die Politik weiß, dass ein solches Dilemma auf uns zukommt, dann kann sie, nein – dann muss sie – doch sofort reagieren. Hier und heute. Warum soll sich die heutige Rentnergeneration nicht mehr umstellen können, wo es die kommende müssen wird? Sie können doch hingehen und sagen: Jetzt haben wir eine teure Krise, jetzt gibt es einen Schnitt.**

**Frei:** Ein 30-Jähriger weiß, dass er fürs Alter vorsorgen muss. Er muss ein bisschen was zur Seite legen. Heute gibt es viele Menschen, die statt wie früher üblich 15 Jahre 30 Jahre lang Rente beziehen.

**Es geht hier nicht um Versicherungsmathematik. Warum fangen wir nicht gleich an, im Sinne der Generationengerechtigkeit Einschnitte vorzunehmen? Wollen Sie Ihre Wähler nicht verprellen?**

**Frei:** Nein, nein! – Wir arbeiten an diesem Thema wie an allen wichtigen Themen. Es wäre furchtbar, wenn wir uns an unseren Wählergruppen orientieren würden.

Wir wollen die bestmöglichen Ergebnisse. Wenn Sie in Zeiten von Corona regieren, ist es enorm, was Sie zusätzlich schultern müssen. Wir haben das Gesundheitssystem enorm verbessert. Auch mich persönlich als Rechtspolitiker hat das Thema intensiv beschäftigt. Wir mussten die richtigen Grundlagen für diese massiven Grundrechtseingriffe schaffen. Mit dem Paragraphen 28a des Infektionsschutzgesetzes haben wir alles auf eine neue Grundlage gestellt. Wir haben Leitplanken damit gesetzt.

**Damit haben Sie sichergestellt, dass die Gerichte nicht ständig Corona-Verordnungen kassieren. Aber nochmal die Frage zur Langzeitstrategie – müssen wir nicht überlegen, ob wir nicht wegkommen von harten Repressionen zu einem liberaleren Vorgehen?**

**Frei:** Wo man sich besonders liberal verhalten hat, haben einem die Zahlen nicht recht gegeben. Die Kurzarbeit ist die teuerste Form der Wirtschaftsförderung. Inzwischen sind die Sozialkassen leer. Aber das hat den Unternehmen geholfen. Und wir haben, um stärker aus der Krise hervorzugehen, 50 Milliarden in die Zukunft investiert: Quantencomputing, Wasserstoff, Elektromobilität, Digitalisierung. Im neuen Jahr werden wir natürlich keine pauschalen Umsatzentschädigungen mehr zahlen können.

„Die Kurzarbeit ist die teuerste Form der Wirtschaftsförderung.“

**Es sollen nur noch Fixkosten ersetzt werden. Das macht schon jetzt vielen Unternehmern Sorgen.**

**Frei:** Wir haben nun noch mal die Überbrückungshilfen angepasst. Das wird man weiter machen müssen. Wir werden im neuen Jahr sehr viel mehr zielgerichtet vorgehen müssen. In einer schwierigen Situation wie dieser müssen wir eine flexible Strategie fahren. →



„Bei der NECKARQUELLE muss man immer ganz genau aufpassen, was man sagt“, weiß Thorsten Frei mittlerweile aus Erfahrung. Und so war es auch dieses Mal wieder – im großen Interview hatte der Wahlkreisabgeordnete, in Berlin einer der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Union, nicht immer einen leichten Stand.

**→ Was denken Sie – wie geht das weiter?**

**Frei:** Bis März oder April wird sich die Situation verbessern. Auch aufgrund der beginnenden Impfungen. Im übrigen – die Diskussion um die Impfpflicht, die es in Deutschland gibt, ist völlig fehlgeleitet. Wir werden niemanden verpflichten. Wir werden eine andere Diskussion führen, nämlich darüber, wer zuerst geimpft werden soll.

**Diskutiert wird hierzulande auch über einzelne politische Maßnahmen, auch im Land. Ihre Parteifreundin und Spitzenkandidatin für die nächste Landtagswahl, Kultusministerin Susanne Eisenmann, will Schulrektoren einen 600-Euro-Bonus zahlen. Dafür, dass diese ohnehin gut entlohnten Beamten in der Corona-Krise ihren Job machen. Das ist doch Klientelpolitik...**

**„In solchen Zeiten sollte man das Geld dort konzentrieren, wo die Not am größten ist.“**

**Frei:** Das muss ich jetzt wirklich zurückweisen. Ich habe ja auch meine Probleme, wenn es um Sonderzahlungen für diejenigen geht, die in so einer Situation ihren Job nicht verlieren können oder mit Gehaltskürzungen klar kommen müssen. Da muss man sicher aufpassen, wie man vorgeht. In solchen Zeiten sollte man das Geld dort konzentrieren, wo die Not am größten ist.

**Nur so wird die Politik die Akzeptanz der Bevölkerung bekommen.**  
**Frei:** Ja. Und damit steht und fällt alles. Wir sind eine freie Bürgergesellschaft, und der Staat ist nicht die Gouvernante. Die Bürger sind klug genug zu wissen,

was in so einer Situation wie dieser Krise notwendig ist.

**Und doch hat die Krise in unserer Gesellschaft scheinbar Gräben aufgerissen.**

**Frei:** Wir müssen die Gesellschaft zusammenhalten. Ich finde, im Großen und Ganzen gelingt das gut. Wir tragen nicht nur Verantwortung für uns selbst. Wir sind darauf angewiesen, dass jetzt nicht jeder nur an sich selbst denkt.

**Lassen Sie uns noch einmal über einzelne Maßnahmen sprechen. Den Leuten dürfte es nicht so viel ausmachen, auch im öffentlichen Raum ihre Maske aufzubehalten. Aber eine nächtliche Ausgangssperre, die droht – auch wenn andere EU-Ländern diese Maßnahme schon länger anwenden – wäre schon ein besonders tiefer Einschnitt in unsere freiheitlichen Rechte. Das hatten wir hier zuletzt während der Besatzungszeit nach dem Krieg. Im Verhältnis zu anderen Schutzmaßnahmen ist eine solche nächtliche Sperre nicht einmal sonderlich effektiv und damit relativ sicher auch nicht geeignet, die Akzeptanz zu erhöhen.**

**Frei:** Es ist eine Möglichkeit, die man ergreifen kann, wenn die Inzidenz länger über dem Wert von 200 liegt. Natürlich muss immer die Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Das muss die zuständige Verwaltungsbehörde jedes Mal machen. Sonst kann man das vor dem Verwaltungsgericht angreifen.

**Die Leute fragen sich jetzt mal in erster Linie: Was passiert mir, wenn ich bei einer möglichen Ausgangssperre von 21 Uhr bis 5 Uhr früh um Zehn von der Polizei in meinem Auto kontrolliert werde? Die Geldstrafen bei Corona-Verstößen sind ja saftig.**

**Frei:** Wenn Kontakte nicht stattfinden, dann kann ja auch keine Übertragung stattfinden. Widersinnig wäre, wenn ich eine

Maske tragen müsste, während ich alleine durch den Wald laufe.

**Im Wald ist man wohl ebenso allein wie abends im Auto. Gehen Sie mal davon aus, Herr Frei, ich habe einen privaten Besuch bei Ihnen gemacht und fahre danach heim. Wenn ich um 21 Uhr dort ankomme, ist es okay, wenn ich aber erst um 22 Uhr eintreffe, mache ich mich strafbar.**

**„Wir sind darauf angewiesen, dass jetzt nicht jeder nur an sich selbst denkt.“**

**Frei (lacht):** Ich würde Ihnen mein Gästezimmer anbieten. Dann müssten Sie nicht mehr heimfahren.

**Das ist aber nett von Ihnen.**

**Frei:** Ernsthaft: Der Punkt ist doch der – die derzeit geschlossenen Wirtschaften haben auch eine ganz wichtige soziale Funktion. Da ist den Menschen schon etwas genommen. Viele treffen sich stattdessen zu Hause. Dagegen ist prinzipiell auch nichts zu sagen. Das kann aber schon dazu führen, dass man Kontaktbeschränkungen total missachtet. Eine Ausgangssperre kann die Disziplin fördern. Es ist eine Maßnahme, die leicht überprüfbar ist und für die allermeisten Menschen kein Problem darstellt. Ein Problem wäre, zumindest für mich, Maßnahmen wie in Frankreich oder Spanien, wo es ganztägige Ausgangssperren gibt.

**Das wäre wirklich unangenehm...**

**Frei:** Ich habe viele Vorschläge gehört in den letzten Tagen und muss dazu sagen: Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Uns muss auch in diesen Tagen bewusst sein, dass die Freiheit der

Normalfall ist und die Einschränkung die Ausnahme.

**Wenn Sie von Disziplin reden... die Politik lockert die Einschränkungen über Weihnachten. Das ist schön. Aber es ist nicht logisch.**

**Frei:** Naturwissenschaftlich gesehen haben Sie recht. Aber der Mensch lebt auch von Sozialkontakten. Weihnachten mit der Familie ist auch wichtig für das Wohlbefinden der Menschen. Man kann an Corona sterben. Man kann aber auch an vielem anderem sterben. Am Ende ist das wie alles immer eine Güterabwägung. Dieses Risiko gehen wir ein. Das muss man so sagen. Jeder Einzelne kann ja für sich selbst entscheiden. Man muss sich nicht mit zehn Leuten treffen an Weihnachten.

**Der designierte Kanzlerkandidat der Union will ja die Zügel stärker anziehen...**

**Frei (lacht):** Welchen meinen Sie denn?

**Den aus dem benachbarten östlich gelegenen Bundesland.**

**Frei:** Okay. Aber Ihr Einwurf zeigt, dass Corona wirklich alles überlagert. Wir kriegen es bei der CDU nicht hin, unseren Vorsitz zu regeln. Die Pandemie ist in vielen Bereichen eine echte Mehrbelastung.

**Auch für die Kommunen...**

**Frei:** Ich verfolge die schwierigen Haushaltsberatungen in Villingen-Schwenningen und nehme zur Kenntnis, wie man nach all den leistungsstarken Jahren hier jetzt kämpft. Aber der Bund und das Land Baden-Württemberg haben die Kommunen bei der Gewerbesteuer voll entschädigt. Hier haben wir die Kommunen gestärkt, auch weil sie zwei Drittel der öffentlichen Investitionen vornehmen. Sonst hätte das Auswirkungen auf die Konjunktur.

**Sie meinen, dann könne VS auch die jüngst wieder umstrittene Anbindung des Industriegebiets Ost an die B 523 realisieren?**

**Frei:** Ich habe mir vorgenommen, mich als Bundestagsabgeordneter nicht in Kommunalpolitik einzumischen...

**Es geht ja auch um eine Bundesstraße – da sind Sie legitimiert.**

**Frei:** (lacht) Vielleicht musste man in der Politik der letzten zehn Jahre eines zu wenig – nämlich Entscheidungen treffen. Machen wir das eine? Oder das andere? In Villingen-Schwenningen sind zurzeit viele schwierige Entscheidungen zu treffen. Aber es wäre grob unfair, wenn ich von der Seitenlinie gute Ratschläge geben würde.

**Dann geben Sie Ihrer Partei gute Ratschläge, wen Sie an die Spitze wählen soll. Und wen die Union als Kanzlerkandidaten aufbieten soll. Sie sind ja als Delegierter auf jeden Fall dabei, in welcher Form auch immer die CDU ihre neue Spitze bestimmen wird.**

**Frei:** Dass wir unseren Parteitag mit 1000 Leuten in Stuttgart nicht machen konnten, ist klar. Richtig ist aber, dass wir auf jeden Fall am 16. Januar wählen. Womöglich dezentral, womöglich digital. Die rechtlichen Instrumente dafür haben wir. Die technischen Probleme müssen wir noch lösen. Diese Wahl wird anders sein.

**Technisch ist das ziemlich anspruchsvoll.**

**Frei:** Ja, weil gewährleistet sein muss, dass jeder Delegierte abstimmen kann. Vor allem die Authentifizierung muss klar sein – also dass es tatsächlich der Delegierte ist, der da abstimmt, und nicht jemand anders. Es muss klar sein, dass die Wahl geheim ist, und nicht irgendeiner erfährt, wen man gewählt hat. Es gibt kein zertifiziertes System dafür und auch keine Partei, die das so

schon praktiziert hat. Trotzdem müssen wir das im Januar durchziehen. Wir müssen uns ja endlich positionieren.

**Grüne und SPD haben auch schon Parteitage unter Corona abgehalten.**

**Frei:** Na ja, ein reiner Parteitag wie bei den anderen Parteien wäre gar kein Problem. Bei uns muss jedoch der ganze Bundesvorstand gewählt werden.

**Schwierig könnte es auch werden, den richtigen Vorsitzenden zu finden.**

**Frei:** Vom Typus sind die vier potenziellen Spitzenkandidaten der Union sehr unterschiedlich. Wer Kanzlerkandidat wird, werden die beiden Vorsitzenden von CDU und CSU entscheiden.

**„Für meine Offenheit habe ich aus der Partei heraus auch Kritik geerntet.“**

**Wer ist nochmal Ihr Favorit?**

**Frei:** Als ich das letzte Mal bei Ihnen war, habe ich für meine Offenheit (Anm. d. Red: Frei tendierte zu CSU-Chef Markus Söder) aus der Partei heraus auch Kritik geerntet. Ich halte mich jetzt aber auch aus dem Grund zurück, weil das nichts bringt.

**Die Leute wollen aber Politiker, die klare Aussagen treffen und nicht drum herumlavieren.**

**Frei:** Ich bin ja für klare Aussagen bekannt. Ich scheue davor keineswegs zurück. Aber wir sind jetzt in einer Übergangssituation. Uns Delegierten ist jedenfalls klar, dass unser Kanzlerkandidat nicht nur uns gefallen, sondern auch bei den Wählern ankommen muss. Für meine persönliche Entscheidung ist das höchst relevant.

**System wird kippen**

„Die Renten sind sicher“, hat einst Norbert Blüm getönt. Heute sagt sein Parteifreund Thorsten Frei: „Man muss nicht Mathematik studiert haben, um zu verstehen, dass im Moment immer mehr Umwucht entsteht und über kurz oder lang das bewährte System zu kippen droht.“ Immer weniger junge Menschen als Beitragszahler in die Rente und immer längere Bezugszeiten seien dafür ursächlich. Für Thorsten Frei sind die wesentlichen Stellschrauben einer Rentenreform daher die Beitragshöhe, die Lebensarbeitszeit sowie die Höhe der künftigen Rentenzahlungen. Konkrete Vorstellungen hierzu behält er noch für sich; allerdings müssen sich die Rentner von morgen darauf gefasst machen, dass sie im Zuge einer Reform, wie sie Freis CDU vorschwebt, länger arbeiten müssen und weniger Rente bekommen. Außerdem sollen anstelle des Staates Arbeitnehmer und Betriebe mehr Altersvorsorge betreiben. Beamte bleiben für den CDU-Politiker hier außen vor; dass die Idee zur Einbeziehung der Beamten in das Rentensystem verworfen wurde, findet er gut. rat



Die Redakteure Berthold Merkle (links) und Dr. Ralf Trautwein (rechts) wollten von Thorsten Frei auch wissen, wie er sich den Umbau des Rentensystems vorstellt.